



China – Report

Juni 2021

1) Interesse an Auto-Abos in China besonders groß

Autofahrer zeigen einer Studie zufolge wachsendes Interesse an Auto-Abos. Bei einer Umfrage der Unternehmensberatung Bain sagten 21 Prozent der in Deutschland Befragten, bei der nächsten Entscheidung für ein Auto würden sie wahrscheinlich ein Abo inklusive Versicherung, Wartung und Steuern abschließen. In den USA waren es 30 Prozent der Befragten, **in China sogar 64 Prozent.**

"Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten tendieren viele Autofahrer und Autofahrerinnen zu Abonnementlösungen", sagte Studienautor Eric Zayer. **Es sei absehbar, dass Abos künftig einen signifikanten Teil des Fahrzeugabsatzes ausmachen.** Die gute Nachricht für die deutschen Autobauer: Der Bain-Studie zufolge entscheiden sich Autofahrer bei Abos "häufiger für größere, hochwertigere oder elektrisch betriebene Autos als bei einem Kauf".

Für die Abo-Anbieter sei es allerdings schwer, die steigende Nachfrage in langfristig profitable Kundenbeziehungen umzuwandeln. Heutige Angebote umfassten meist nur Neuwagen. Zudem könnten die Abonnenten die Autos häufig gebührenfrei wechseln. Das erschwere den Anbietern eine effiziente Steuerung und verursache hohe Kosten.

Tatsächlich aber sei die große Mehrheit der Befragten offen für junge Gebrauchtwagen. **In den USA und in China sei ein niedriger Preis der wichtigste Faktor, in Deutschland sei außerdem für 44 Prozent auch eine flexible Rückgabe wichtig.** Für die Möglichkeit, das Fahrzeug zu wechseln oder früher zurückgeben, würden viele sogar deutliche Aufpreise in Kauf nehmen. Abo-Anbieter hätten auch die Chance, ihre Kundschaft durch zusätzliche Dienstleistungen an sich zu binden.

2) China gibt Metall-Reserven frei, um gestiegene Nachfrage zu bedienen

Chinas National Food and Strategic Reserves Administration hat bekannt gegeben, dass sie Teile der nationalen Reserven an Kupfer, Zink und Aluminium freigeben wird. Dies ist der erste solche Schritt seit mehr als einer Dekade und die Antwort auf die aktuell steigenden Preise.

Dem Plan zufolge [wird China 20.000 t Kupfer, 30.000 t Zink und 50.000 t Aluminium aus den Reserven freigeben.](#) Die Metalle sollen dann im Wege einer Online-Auktion Anfang Juli verkauft werden. Die Menge an Kupfer entspricht 2,4 Prozent der monatlichen Durchschnittsproduktion in China, die für Aluminium 1 Prozent und die für Zink 5,6 Prozent.

Der letzte Verkauf von Kupfer aus der staatlichen Reserve fand im Jahr 2005 statt und Aluminium wurde zuletzt im Jahr 2010 aus Reserven verkauft.

Mit dem Verkauf der Reserven wollen Chinas Behörden vor allem die verarbeitende Industrie im Land unterstützen, die immer höhere Preise für die Metalle zahlen muss. Der Preis von Aluminium beispielsweise hat in diesem Jahr bereits die Marke von 20.000 Yuan pro Tonne durchbrochen und war damit so teuer wie seit 2008 nicht mehr. Der chinesische Produzentenpreisindex stieg im Mai auf ein 12-Jahreshoch.



China – Report

Juni 2021

3) Umfrage der EU-Handelskammer in China zeigt Zuversicht

Europäische Unternehmen in China wollen ihre Geschäfte weiter ausbauen. Das ergab eine Umfrage der EU-Handelskammer unter ihren Mitgliedern. **So gaben 59 Prozent der Unternehmen an, dass sie über eine Ausweitung ihrer Geschäfte in China nachdenken.** Das entspricht einem Anstieg von acht Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nur neun Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie ihre Investitionen in China streichen oder in andere Märkte investieren wollen. Laut EU-Handelskammer in China ist dies der niedrigste Wert seit Beginn der Umfrage. 68 Prozent der Unternehmen blicken laut der Umfrage optimistisch auf ihre künftigen Geschäfte in der Volksrepublik.

Obwohl die Umsatzverschiebungen im Jahresverlauf sehr heftig waren, verzeichneten 42 Prozent der befragten Unternehmen im Jahr 2020 tatsächlich einen Umsatzanstieg. **Dies war vor allem den chinesischen Kunden zu verdanken, die nicht reisen konnten und stattdessen mehr von ihrem verfügbaren Einkommen für Autos, Kosmetika und Kleidung ausgaben.** Gleichzeitig hat ein Viertel der Befragten einen Umsatzrückgang verzeichnet, vor allem in Dienstleistungsbranchen wie Rechtswesen und Luftfahrt.

China ist für viele europäische Unternehmen inzwischen zu einem kritischen Markt geworden, wobei 51 Prozent der Unternehmen angeben, dass ihre Margen in China über dem weltweiten Durchschnitt liegen – 13 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. **Mit Blick auf die Zukunft sind 68 Prozent der europäischen Unternehmen in China jetzt optimistisch, was das Wachstum angeht,** dies ist ein Anstieg um 20 Prozentpunkte.

Vor allem war die Pandemie für die internationalen Mitarbeiter europäischer Unternehmen in China eine große Herausforderung. **COVID-bezogene Reisebeschränkungen wirkten sich negativ auf 73 Prozent der Unternehmen aus, von denen viele noch immer ausländische Experten beschäftigen,** die außerhalb des Landes sind und nicht mehr zurückkönnen. Laut EU-Handelskammer geben immer mehr Expats ihre Pläne für eine Rückkehr nach China auf und lassen sich stattdessen an anderen Orten nieder. **Der Verlust langjähriger China-Expertise stellt für die betroffenen Unternehmen damit möglicherweise eine der größten Herausforderungen dar.**

4) Japanische Handelskammer listet Beschwerden zum China-Geschäft auf

Japanische Unternehmen haben die chinesische Regierung aufgefordert, eine Reihe von widersprüchlichen Regularien zu ändern. Ein [White Paper der japanischen Handelskammer](#) in China, das circa 8560 in China aktive japanische Unternehmen repräsentiert, macht 56 Vorschläge zur Verbesserung der Situation für japanische Unternehmen in China.

Besonderen Unmut äußerten die befragten Unternehmen über die vage Formulierung vieler Gesetze und Bestimmungen, so zum Beispiel das Gesetz zur Exportkontrolle, welches Exporte sensibler Materialien und Technologien aus China unterbinden soll.

Viele der Bestimmungen enthalten zwar politisch brisante Schlagworte, bleiben jedoch zentrale Definitionen schuldig. Die japanische Handelskammer fordert die chinesische Regierung daher nicht dazu auf, sämtliche dieser Regeln zurückzunehmen, sondern wünscht sich genauere Definitionen und Maßnahmen, um Unternehmen vor willkürlicher Anwendung vager Regularien zu schützen.



China – Report

Juni 2021

5) Lieferkettengesetz stellt großes Problem für deutsche Unternehmen in China dar

Das vom Bundestag am [11. Juni beschlossene Lieferkettengesetz](#) stellt Unternehmen in China vor schwerwiegende Entscheidungen. So sollen die Unternehmen künftig sicherstellen, dass Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder Umweltverschmutzung in ihren Lieferketten ausgeschlossen werden. **Für Firmen ab 3.000 Mitarbeitern gilt das ab 2023 und ab 1.000 Mitarbeitern tritt die Regel ab 2024 in Kraft.** Der Gesetzentwurf sieht für große Unternehmen Bußgelder von bis zu zwei Prozent des jährlichen Umsatzes vor, wenn sie nicht gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße bei ihren weltweiten Zulieferern vorgehen. Gerade in China aber lässt sich das Netzwerk an Sublieferanten nicht leicht überschauen und bringt viele Unternehmen in eine schwierige Lage.

Einige Unternehmen sind in der Volkrepublik schon enorm unter Druck geraten, denn die Regierung in Peking hat ausländische Unternehmen davor gewarnt, den Namen Chinas zu beschmutzen. Nachdem Firmen wie H&M und Nike im Rahmen der „Better Cotton Initiative“ (BCI) für eine nachhaltige Baumwollproduktion eintraten, startete die „People’s Daily“ in den Sozialen Medien eine Kampagne zur Unterstützung von Baumwolle aus Xinjiang. Im Oktober 2020 hatte BCI mitgeteilt, für die Saison 2020/21 vorerst kein grünes Licht für Baumwolle aus Xinjiang zu geben. Begründet wurde dies mit der dortigen Menschenrechtslage. **Die Reaktion der chinesischen Kunden blieb nicht aus:** Internetnutzer richteten Drohungen an die westlichen Anbieter. „Wenn ihr Xinjiang-Baumwolle boykottiert, boykottieren wir euch“, schrieb einer. „Entweder Adidas verlässt die BCI - oder es soll China verlassen.“ Andere riefen dazu auf, auf Nike zu verzichten und chinesische Marken wie Li Ning und Anta zu kaufen.

Internationale Firmen geraten damit immer stärker in eine Zwickmühle zwischen der chinesischen Gesetzgebung und den Gesetzen ihres Heimatmarktes. **So hat Chinas Handelsministerium bereits im September 2020 eine Liste unzuverlässiger Partner nach dem Vorbild der USA erlassen.** Ausländische Firmen und Organisationen können auf dieser Liste landen, wenn sie etwa die „normalen Transaktionen“ mit chinesischen Unternehmen unterbrechen und „diskriminierende Maßnahmen“ gegen diese erlassen. H&M könnte sich nach den jüngsten Entscheidungen durchaus für diese Liste qualifizieren. Bisher befindet sich offiziell allerdings noch keine ausländische Firma darauf.

6) SCMP-Analyse: Behindert Chinas Wirtschaftsmodell die Entwicklung der eigenen Flugzeugindustrie?

Das chinesische Modell der staatsgeleiteten Wirtschaftsentwicklung erwies sich als sehr erfolgreich beim schnellen Aufbau wichtiger infrastrukturbasierter Wirtschaftszweige wie dem Bau und dem Betrieb des Netzes an Hochgeschwindigkeitszügen. Doch welche Auswirkungen hat dieses beim Aufbau einer nationalen Flugzeugindustrie?

Dieser Frage hat sich ein [Analyseartikel](#) der South China Morning Post, Hongkongs führender englischsprachiger Zeitung, angenommen. Die Autorin des Artikels hat untersucht, welchen Beitrag die staatliche Politik und die wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen Chinas auf das erklärte Ziel der Regierung haben, eine eigene Flugzeugindustrie aufzubauen.



China – Report

Juni 2021

Bisher, so die Autorin des Artikels, hat das staatsgesteuerte Modell nur wenig Erfolge vorweisen können. Die Entwicklung der C919, eines in China gebauten Flugzeugs, welches in Konkurrenz zu den Modellen von Boeing und Airbus treten soll, ist noch stark von importierten Vorprodukten abhängig, die insbesondere aus den USA stammen.

Der für eine Entwicklung einer eigenen Industrie nötige Technologietransfer und die Stärkung heimischer Unternehmen auf diesem Gebiet hinken den Zielen noch weit hinterher. Scott Harold, ein Politikwissenschaftler der Rand Corporation, beklagt, dass es für China immer schwieriger werde, Zugang zu ausländischer Technologie zu erhalten. Zu viele staatseigene Unternehmen hätten ihre internationalen Partnerschaften in der Vergangenheit zum Technologietransfer genutzt, um ihre Partner dann aus dem chinesischen Markt zu drängen.

Da die chinesische Regierung für viele Branchen noch immer die Gründung eines Joint Ventures fordert, fürchten viele ausländische Unternehmen den Diebstahl von Technologie und lassen sich darauf gar nicht erst ein. Zwar sind auch Lieferanten für die C919 wie Honeywell, GE Aviation, Airbus und Boeing Joint Ventures mit chinesischen staatseigenen Unternehmen eingegangen. Wie weit die Kooperation gehen wird, ist jedoch fraglich.

Erst im letzten Jahr hat Beijing versucht, die ausländischen Bedenken durch ein neues Investitionsgesetz zu besänftigen, doch Jörg Wuttke, Präsident der European Union Chamber of Commerce in China, hält das neue Gesetz für wenig wirksam. Viele Unternehmen würden daher ihre jeweils führenden Technologien auch nicht nach China bringen.

Ein weiterer Streitpunkt sind die vom chinesischen Staat an staatseigene Unternehmen gezahlten Subventionen im Bereich des Flugzeugbaus. Im Streit zwischen Boeing und Airbus über Subventionen an den jeweiligen Konkurrenten werden auch immer wieder chinesische Subventionen beklagt. Eine von Washington und Brüssel gewünschte Einigung vor der Welthandelsorganisation dürfte auch die Forderung nach Beendigung der chinesischen Subventionen enthalten. Beijing könnte damit früher oder später gezwungen sein, seine eigenen Unternehmen den Mechanismen des Marktes stärker auszusetzen.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de



China – Report

Juni 2021

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.